



«4 gewinnt» hat gewonnen. Die strahlenden Regierungsmitglieder nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse.

Historisch – in jeder Hinsicht

Bei den Regierungswahlen im Kanton Bern gelang der SP mit der Verteidigung der rot-grünen Mehrheit ein geschichtsträchtiger Sieg. Ebenso historisch ist allerdings ihr schlechtes Abschneiden bei den Grossratswahlen. Yvan Rielle

Die SP schaffte das, was auf Kantonsebene nur selten gelingt: die Verteidigung einer rot-grünen Regierungsmehrheit. Im bürgerlichen Kanton Bern kommt dies einer Sensation gleich und mutet historisch an. Diese Wiederwahl ist gewiss eine Bestätigung für die Arbeit der Regierung. Sie hat eine solide Politik gemacht, oder anders gesagt: Sie hat keine grossen Fehler gemacht und dem politischen Gegner kaum Angriffsfläche geboten.

Mit der Kampagne «4 gewinnt» ist es gelungen, die vier Kandidierenden als eingespieltes Team auftreten zu lassen und den bisherigen Bonus zu nutzen. Dennoch: Im bürgerlichen Kanton Bern reicht das normalerweise nicht. Der Erfolg der SP ist deshalb zu guten Teilen das Resultat der Spaltung im gegnerischen Lager. Die Bürgerlichen schafften es nicht, gemeinsame Sache zu machen und verzettelten ihre Stimmen, während die Linke mit grosser Solidarität «ihre» Regierung wählte.

Niederlage bei Grossratswahlen

Die Grossratswahlen zeichnen ein genaueres Bild der politischen Grosswetterlage. Sie bescherten der SP eine herbe Niederlage. Bei einem Verlust von 5,1 Prozentpunkten ist ihr Wähleranteil mit 18,9% auf einem historischen Tiefpunkt angelangt: Noch nie hat die SP bei Grossrats- oder Nationalratswahlen im Kanton Bern schlechter abgeschnitten. Damit bestätigten sich zum einen jene Einbussen, die sie bei den Nationalratswahlen zu verzeichnen hatte; sie hat teilweise sogar weniger stark an Stimmen eingebüsst, als dies hätte erwartet werden können. Zum andern ist die Niederlage das Resultat der neuen Parteienlandschaft, in der mit der GLP und der BDP zwei neue Parteien auftraten; die SP dürfte vor allem auf dem Land Wählende an die BDP verloren haben. Von solchen «äusseren Umständen» abgesehen bleibt dennoch zu fragen, warum es ihr nicht gelungen ist, sich in diesem veränderten Umfeld besser zu behaupten.

Viele Gründe für die Niederlage

Die Ursachen sind vielgestaltig. Sie umfassen die schwierige Situation der Sozialdemokratie auf nationaler Ebene und die mitunter verkrampft wirkenden Profilierungsversuche. Dazu stellt sich die Frage, wie stark die Verluste auf dem Land mit der urbanen Kampagne zusammenhängen oder ob die Regierungskampagne unter dem Label «4 gewinnt» nicht dem Grossratswahlkampf schadete, weil letzterem so die profiliertesten Köpfe fehlten. Zu denken geben muss ferner die Rücktrittsquote während der letzten Legislatur: Alle anderen Parteien verzeichneten zusammen 14 Rücktritte, die SP kommt allein auf deren 10. Und schliesslich dürfte die schwierige «Cohabitation» mit Regierungsmehrheit und Parlamentsminderheit der Profilierung nicht zuträglich gewesen sein. Auch dieses Problem muss die SP angehen, denn die Situation hat sich mit der Bestätigung der rot-grünen Mehrheit und den Verlusten im Grossen Rat akzentuiert.



Yvan Rielle

Politologin und Mitglied der Wahl- und Abstimmungskommission der SP Kanton Bern

TSCHOU

SP trotz allem!

Nach den Wahlen sind wir mit widersprüchlichen Resultaten konfrontiert: Einerseits mit dem sensationellen Ergebnis im Regierungsrat und andererseits mit grossen Verlusten im Grossen



Rat. Umgehend haben wir uns hinter die Analyse gemacht, wie es zum historischen Tief der SP gekommen ist.

Die Kantonalpartei setzt jetzt eine «Task Force Regionen und Sektionen» ein, um unsere Strukturen zu stärken. Besonders alarmiert hat mich die teilweise resignative Stimmung in der Partei, die ich im Wahlkampf wahrgenommen habe. Das ist Gift für politische Erfolge und darf sich bei uns nicht einnisten.

Diese Wahlen haben leider aufgezeigt: Die SP ist beim Mobilisieren zu schwach geworden. In städtischen Gebieten haben wir tendenziell besser mobilisiert, in der Stadt Bern sogar gewonnen. BDP und SVP konnten ihrerseits vor allem auf dem Land einen eigentlichen Mobilisierungsschub auslösen mit entsprechenden Wahlergebnissen. Diese Mobilisierungsstärke müssen wir wieder erreichen, so wie wir das in Sachabstimmungen immer wieder schaffen.

Die SP will, dass alle Menschen eine Chance haben. Dafür lohnt es sich zu kämpfen, sich zu engagieren, zu überzeugen. Ich danke allen GenossInnen, welche sich im Wahlkampf engagiert haben und im Alltag für die SP, für unsere Werte, eintreten.

Irène Marti Anliker,
Parteipräsidentin SP Kanton Bern

RAUCHERBEIZ

Ein Stück Kultur oder Selbstmord

PRO

VERNÜNFTIGER MITTELWEG

Aus SP-Sicht kann man der Raucherinitiative «für ein liberaleres Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot» ohne weiteres zustimmen. Sie ist eine sinnvolle Korrektur der allzu restriktiven Solothurner Praxis und ermöglicht etwa 30 Raucherbeizlein im Kanton. Der Arbeitnehmerschutz ist auch mit dem neuen schweizerischen Passivrauchergesetz gewährleistet. Georg Hasenfratz

Auch mit dem schweizerischen Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen, das seit Mai 2010 gilt und welches die Initianten als Alternative zum Solothurner Gesetz wollen, bleiben die allermeisten Restaurants im Kanton rauchfrei. Aber kleine Beizen mit weniger als 80 m² Fläche sollen als Raucherbeizen geführt werden können. Auch im schweizerischen Gesetz wird dem Gesundheitsschutz des Personals Rechnung getragen, das ist für uns entscheidend. Von daher spricht aus SP-Sicht inhaltlich nichts gegen diese Initiative. Kommt dazu, dass die strengen solothurnischen Regelungen betreffend Jugendschutz, Prävention und Werbung auch mit der Initiative in Kraft bleiben.

Fertig mit Kreuzzügen

Die Initiative ist ein guter Kompromiss zwischen überall und immer rauchen können, wie das früher der Fall war, und dem restriktiven Solothurner Rauchergesetz. Mit unserer Solothurner Lösung – so gut sie vielleicht gemeint war – haben wir übersteuert. Kreuzzugsmässig wird bei uns gegen jedes blaue Rächlein vorgegangen. Ich könnte diesen Feldzug noch verstehen, wenn man konsequent wäre und mit dem gleichen missionarischen Eifer auch gegen andere Gesundheitsrisiken vorgehen würde: Ozon in der Luft, Feinstaub, Gefahren im Strassenverkehr. Aber das ist halt etwas schwieriger und die Gruppe der Raucher (ich

selber gehöre nicht dazu) eignet sich besser als gesundheitspolitisches Feindbild.

Keine Überreglementierung bitte

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass die Menschen gesund, aber unglücklich sterben, weil man ihnen alles verbietet, was Freude macht. Zu viel Gesundheit, v.a. wenn sie von oben verordnet wird, kann auch krank machen. Väterchen Staat muss nicht allumsorgend sein; eine gewisse Eigenverantwortung soll möglich bleiben.

Wir dürfen auch nicht nur an diejenigen denken, die im antiseptischen Schickimicki-Restaurant ihren Kräutertee zu sich nehmen oder gelangweilt an ihrem Cüpli oder am teuren Rotwein nippen. Auch diejenigen, die am gemütlichen Stammtisch ihre Stange Bier trinken und dazu eine Zigarette rauchen möchten, gehören zu unserer Klientel. Etwas Rauch am Stammtisch, wenn sich alle Beteiligten inkludieren

«Es ist nicht die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass die Menschen gesund, aber unglücklich sterben.»

sive Personal daran nicht stören, muss doch nicht polizeilich gehandelt werden.

Für Freiheit und Augenmass

Mit unserem neuen SP-Programm setzen wir wieder mehr Gewicht auf den Wert der Freiheit. Wir könnten als SP-Wähler in der kommenden Abstimmung zeigen, dass wir die Botschaft verstanden haben. Der Kanton Solothurn soll seine Ressourcen beim Gesundheitsschutz mit mehr Vernunft einsetzen. Bei den Beizen haben wir die Wahl zwischen Rauch und rauchfrei. Bei der Umgebungsluft nicht. Da wünschte ich mir betreffend saubere Luft keine Ausreden, sondern ein energisches Vorgehen der Gesundheitspolizei.

Fazit: Aus SP-Sicht kann man dieser vernünftigen und korrigierenden Initiative am 13. Juni ohne weiteres zustimmen. Ein Ja ermöglicht

ein paar kleine Raucherbeizlein im Kanton; der Arbeitnehmerschutz, das Verkaufsverbot von Zigaretten an Kinder und Jugendliche und die Werbeverbotsregeln bleiben bestehen.

Georg Hasenfratz

Olten, alt Kantonsrat SP, Mitglied der Geschäftsleitung SP Kanton Solothurn



in Raten?



KONTRA

NEIN ZUM ABBAU DES NICHTRAUCHER- UND ARBEITNEHMERSCHUTZES

Die SP-Kantonsratsfraktion und die grosse Mehrheit der SP-Delegierten haben am kantonalen Parteitag die Nein Parole zur Initiative «für ein liberales Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot» beschlossen, welche am 13. Juni zur Abstimmung kommt. Vor nicht einmal vier Jahren, am 26. November 2006, hat sich die Solothurner Stimmbevölkerung in einer Variantenabstimmung deutlich für das heute geltende Rauchverbot ausgesprochen. Anna Rüefli

Nach diesem Gesetz ist das Rauchen in geschlossenen Räumen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, somit auch in allen Bereichen der Gastronomie, grundsätzlich verboten. Eine Ausnahme gilt jedoch für sogenannte Fumoirs. In solchen vom übrigen Gastbetrieb abgetrennten und entsprechend gekennzeichneten Räumen mit ausreichender Belüftung, darf weiterhin geraucht werden und die rauchenden Gäste dürfen auch bedient werden. Zurzeit gibt es im Kanton Solothurn um die 300 Fumoirs. Indem die geltende Regelung bediente Fumoirs zulässt, kommt sie den Bedürfnissen der Rauchenden entgegen.

Die SP-Kantonsratsfraktion und die Delegierten lehnen daher eine weitere Ausnahme vom Rauchverbot ab, wie sie die Volksinitiative «für ein liberaleres Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot» für Beizen mit einer Gesamtfläche von weniger als 80 m² verlangt.

Passivrauchen ist schädlich und der Arbeitnehmerschutz wird ausgehöhlt

Reine Raucherbeizen zuzulassen, macht aus gesundheitspolitischen Überlegungen und aus Gründen des Arbeitnehmerschutzes keinen Sinn. Passivrauchen kann zu Lungenkrebs,

Herz-Kreislauf-Erkrankungen und vielen anderen Krankheiten führen und Ursache eines verfrühten Todes sein. Es ist in kleinen Beizen nicht weniger schädlich als in grossen. Daher ist es nicht nachzuvollziehen, weshalb BeizengängerInnen und Servicepersonal von kleineren Beizen weniger vor dem gesundheitsschädigenden Passivrauch geschützt werden sollen als diejenigen von grösseren Gastrobetrieben. In Bezug auf den Arbeitnehmerschutz sticht auch das Argument nicht, dass Angestellte von Raucherbeizen im Arbeitsvertrag ihr Einverständnis zu diesen Arbeitsbedingungen geben müssen. Wer auf einen Job angewiesen ist, wird auch einem verrauchten Arbeitsplatz zustimmen. In einer solchen Situation nützt es der betroffenen Person wenig, dass sie nur auf freiwilliger Basis in einer Raucherbeiz beschäftigt werden darf.

Der Mehrheit der Kantone angepasst

Mit Blick auf die übrige Schweiz ergibt sich folgendes Bild: Heute sind reine Raucherlokale bereits in 15 Kantonen, in welchen insgesamt

«Die Solothurner Regelung stösst bei der Bevölkerung und den meisten Wirten auf breite Akzeptanz.»

drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben, verboten. Dazu gehören auch unsere Nachbarkantone Bern und Baselland. Im Sinne einer möglichst einheitlichen schweizweiten Regelung muss der Kanton Solothurn daher an der eigenen Gesetzgebung festhalten.

Nicht zuletzt stösst die Solothurner Regelung heute bei der Bevölkerung und den meisten Wirten auf breite Akzeptanz. Viele der als reine Raucherbetriebe in Frage kommenden Kleinbetriebe haben bereits ein Fumoir eingerichtet. Durch die Kehrtwende in der Gesetzgebung würden ihre Aufwendungen zu Fehlinvestitionen.

Aus diesen Gründen empfiehlt die SP die Volksinitiative abzulehnen und an der Regelung festzuhalten, mit welcher sie schon das letzte Mal vor dem Solothurner Stimmvolk Erfolg hatte.

Anna Rüefli

Solothurn, Kantonsrätin SP und Mitglied der Sozial- und Gesundheitskommission,



© Paul Senn

KOMMENTAR

Unsere Positionen sind klar

Zur Zeit ist es manchmal nicht ganz einfach, Sozialdemokratin oder Sozialdemokrat zu sein. Noch immer verliert die SP Wahlen. Und noch immer ist sie der Lieblingsprügelknabe der bürgerlichen Medien. Wir seien nicht bei den Leuten, niemand wisse mehr, für was wir stünden, und wir brächten unser Programm nicht bis zu den Menschen. Diese Vorwürfe sind kompletter Blödsinn.



Keine Partei hat in den vergangenen zwei Jahren so deutlich gemacht, wofür sie steht. Mit dem neuen Parteiprogramm klären wir unsere Grundwerte: Für eine Schweiz der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Und mit nicht weniger als fünf eigenen Initiativen machen wir auch gleich deutlich, was diese neue Schweiz ausmacht: Gerechte Löhne unten und oben, 100 000 neue Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien, bezahlbare Krankenkassenprämien dank einer öffentlichen Krankenkasse und ein starker Service public mit der Postbank. Hier stehen wir. Auf der anderen Seite stehen die Abzocker in den bürgerlichen Parteien.

Das schlimmste wäre, wenn wir uns jetzt von den superschlauen Kommentatoren in den grünliberalen Parteizeitungen (Tages-Anzeiger, AZ) entmutigen liessen. Unbestritten, wir haben das Vertrauen von vielen Menschen in diesem Land verloren. Wir können es nur mit tagtäglichem, harter Knochenarbeit und klaren Positionen zurück gewinnen. Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Ich gehe jede Wette ein, gemeinsam können wir 2011 die Wahlen gewinnen – auch im Aargau!

Cédric Wermuth von Baden studiert Politologie und ist Einwohnerrat, Präsident der JUSO Schweiz und Vizepräsident der SP Schweiz.

ABSTIMMUNG 13. JUNI: EINFÜHRUNGSGESETZ ZUM ARBEITSRECHT

Der Sonntag ist wertvoll – nicht nur für die Arbeitnehmenden

Am 13. Juni stimmen wir über das Einführungsgesetz zum Arbeitsrecht ab. Das Gesetz soll die bisherigen Erlasse zum Arbeitsrecht zusammenfassen. Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden. Allerdings packte der Regierungsrat in das neue Gesetz auch eine Bestimmung, welche die Sonntagsverkäufe im Aargau massiv ausweiten würde. Die SP unterstützte deshalb das Behördenreferendum und kämpft mit den Gewerkschaften gegen die Vorlage. Dieter Egli

Bisher wurden im Aargau üblicherweise für die Vorweihnachtszeit zwei Sonntagsverkäufe bewilligt. Seit Mitte 2008 gibt nun das Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel den Kantonen die Möglichkeit, vier Sonntage im Jahr zu bezeichnen, an denen die Arbeitnehmenden in Verkaufsgeschäften ohne Bewilligung beschäftigt werden dürfen. Der Aargauer Regierungsrat interpretierte diese Möglichkeit als Pflicht und setzte flugs vier Sonntagsverkäufe im neuen Gesetz fest – natürlich mit Unterstützung der bürgerlichen Parlamentsmehrheit.

Dabei ist erwiesen, dass solche Sonntagsverkäufe auch wirtschaftlich nichts bringen. Sie verlagern die Einkäufe höchstens von den Wochentagen auf die Sonntage und bringen dem Detailhandel keinen effektiven Mehrwert. Die Profiteure sind Einkaufszentren und Grossverteiler. Quartierläden, welche sich den

Sonntagsverkauf nicht leisten können, gehen leer aus. Und natürlich zahlen die Verkaufsangestellten die Zeche, obwohl von ihnen schon heute immer höhere Flexibilität bei real immer kleineren Löhnen abverlangt wird.

Ein Ärgernis sind nicht nur die zusätzlichen Sonntagsverkäufe selbst, sondern auch ihre Festsetzung: Zukünftig soll der Regierungsrat zwei Sonntagsverkäufe definieren, während die weiteren zwei Sonntage individuell von jeder Gemeinde bestimmt werden könnten. So droht uns ein Vollzugschaos mit 220 Sonderlösungen im Kanton. Profitieren würden wiederum die Grossverteiler, welche die Standortgemeinden unter Druck setzen und somit an jedem Sonntag irgendwo eine Verkaufsstelle offen halten könnten. Und wir Konsumierenden? Wir hätten noch weniger die Übersicht, dafür noch mehr sonntäglichen Einkaufsverkehr.

Es mag altmodisch klingen, aber der arbeitsfreie Sonntag ist eine Errungenschaft. Er liegt im Interesse der arbeitenden Menschen, der Familien und der Gesellschaft. Wer auf Einkäufe am Sonntag angewiesen ist, hat dazu bereits genügend Möglichkeiten. An die Mär von der Nachfrage, welche die Ladenöffnungszeiten bestimmt, glaube ich selbst nicht mehr, seit ich mein eigenes Einkaufsverhalten analysiert habe: So fanden meine samstäglichen Einkäufe mit schöner Regelmässigkeit in der letzten Stunde vor Ladenschluss statt, wann immer dieser auch angesetzt war. Überlebt habe ich schon, als die Geschäfte noch zwei Stunden früher schlossen ...

Da es nur um eine Zusammenfassung bestehender Rechts geht, verlieren wir mit einer Ablehnung am 13. Juni nichts. Wir ersparen uns aber mehr unnötige Arbeit und mehr unnötigen Verkehr. Also: Hände weg vom Sonntag!



Dieter Egli

von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion.

